

Die Zeit – Politik : Die gespaltene Gesellschaft

Die Zeit, Hamburg, Germany
Die Zeit, Hamburg, Germany

DIE ZEIT

50/2004

Die gespaltene Gesellschaft

Eine Studie der Universität Bielefeld zeigt: Die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Deutschen und Ausländern wächst. Feindselige Einstellungen nehmen zu

Von Wilhelm Heitmeyer

I. Wohin treibt die Bundesrepublik? Von *unten* gab es monatelange Proteste gegen Einsparungen am Sozialhaushalt und Arbeitslosengeld, bei weiter dramatisch hoher Arbeitslosigkeit; von *oben* wird eine Debatte über Werte sowie eine deutsche oder christliche »Leitkultur« wiederbelebt.

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine Tendenz, die sich seit einigen Jahren abzeichnet, zusätzliche Dramatik: Waren 2002 schon 55 Prozent, so sind in 2004 inzwischen 60 Prozent der Auffassung, dass hier zu viele Ausländer leben. 36 Prozent meinen im Jahr 2004, dass Ausländer in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen, wenn die Arbeitsplätze knapp werden, 2002 dachten 28 Prozent so. Das ist kein politisches Randphänomen: Dieser Anstieg geht besonders auf Personen zurück, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen. In der Mitte der Gesellschaft verschieben sich die Normalitäten.

So stieg auch die Zahl derjenigen spürbar, die dem Urteil widersprechen, der Islam habe eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht, nämlich von fast 37 im Jahr 2003 auf 44 Prozent in diesem Jahr. Die Ansicht, dass die muslimische Kultur in die westliche Welt passe, lehnten 2003 bereits fast 66 Prozent ab, auch diese ohnehin hohe Zahl ist auf inzwischen knapp 70 Prozent gestiegen.

Parallel dazu verändert sich die Desintegrationsqualität. Von 2002 bis 2004 ist die Erwartung, die eigene wirtschaftliche Situation werde sich verschlechtern, von fast 24 auf über 40 Prozent gestiegen. Damit korrespondieren ähnliche Entwicklungen wie die Angst vor Arbeitslosigkeit.

Dies sind Ergebnisse einer auf zehn Jahre angelegten Dauerbeobachtung dieser Gesellschaft im Hinblick auf den Umgang mit schwachen Gruppen. Drei Spaltungslinien lassen sich aus unseren empirischen Befunden ablesen. Eine drückt sich sozial aus: Die Kluft zwischen *oben* und *unten* wird größer. Ein zweiter Spalt zeigt sich politisch–geografisch, also in den mentalen Entwicklungen zwischen *Ostdeutschen* einerseits und *Westdeutschen* andererseits. Schließlich die zunehmende, mittlerweile unübersehbare ethnisch–kulturelle Spaltung zwischen *Mehrheit* und *muslimischer Minderheit*.

Solche wachsenden Spaltungen führen unter anderem zu dem galoppierenden Vertrauensverlust gegenüber Politikern und demokratischen Institutionen. Die sozialen Desintegrationsprozesse haben ebenfalls Folgen: Es wachsen feindselige Mentalitäten, die sich gegen schwache Gruppen richten, die – soweit sie artikulations– und mobilisierungsfähig sind – ihrerseits mit Abwehr, Distanz, Rückzug oder aufgrund ihrer schwachen Position meist mit verdeckten Aggressionen reagieren.

II. Unsere Zwischenbilanz nach dreijähriger Beobachtung der »deutschen Zustände« zeigt, dass die humane Qualität dieser Gesellschaft vor schwerwiegenden Belastungen steht. Diese »menschliche« Seite erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen. Der kann sich in vielen Facetten ausdrücken: ökonomische Umverteilungen von

unten nach oben, Entfernungen von »Entbehrlichen« aus dem öffentlichen »Verkaufsraum«, Generalverdächtigungen gegenüber den Lebensstilen oder religiösen Überzeugungen ganzer Gruppen. Zum Teil werden Gruppen gegen andere instrumentalisiert oder als Bedrohungspotenzial auf die öffentliche Tagesordnung gehoben, zurzeit sind das »die« Muslime. Eine andere Variante besteht darin, die Situation schwacher Gruppen gar nicht erst zu thematisieren, sie also aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion auszuschließen, zu vergessen.

Grundsätzlich gesagt: Aktuell droht die Gefahr, dass sich die Ungleichwertigkeit von Gruppen verschärft und damit auch von einzelnen Menschen, die ihnen angehören. Die Sicherheit ihrer physischen und psychischen Integrität ist gefährdet, die ihnen ein Leben in Anerkennung und möglichst frei von Angst ermöglicht.

III. Was bedeutet dies in einer Zeit, in der die Gesellschaft ebenso rasant wie rigoros umgebaut wird, mitsamt den vielen noch nicht abzuschätzenden Folgewirkungen? Verändern sich dadurch nicht nur die Lebensumstände, sondern auch die Mentalitäten? Unsere Befunde zum Syndrom von Menschenfeindlichkeit, durch die Personen allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit zu Zielen von Abwertungen und Diskriminierungen werden, zeigen: Klassische Formen des Rassismus nehmen auf niedrigem Niveau zwar ab, aber zugleich beruft sich eine steigende Zahl von Menschen auf *Etabliertenvorrechte*, also Vorrechte derjenigen, die schon immer hier lebten. Trotz rechtlicher Verbesserungen wird *homosexuellen Lebensweisen* mit zunehmenden Aversionen begegnet. Immer häufiger wird gefordert, die *Obdachlosen* aus dem Stadtbild zu entfernen. Nicht zuletzt spiegeln sich diese veränderten Mentalitäten im *Antisemitismus* wider: In seinen klassischen Varianten hat er sich auf dem Niveau von rund 20 Prozent, ohnehin erschreckend, kaum verändert; aber die »Umwegkommunikationen«, welche über die Kritik an der israelischen Politik in antisemitische Ressentiments einmünden, deuten auf ein enormes Ausmaß hin, und zwar in allen Bevölkerungsschichten. So stimmen mehr als 50 Prozent einem Vergleich der Politik des Nazi-Regimes gegenüber den Juden mit der Politik Israels gegenüber den Palästinensern zu.

Vor allem aber ändert sich das Verhältnis zur muslimischen Minderheit: Die *Islamophobie* nimmt zu. Es wachsen die Überfremdungsängste. Man geht auf Distanz. Inzwischen können sich fast 58 Prozent nicht vorstellen, in einem Stadtviertel zu wohnen, in dem viele Muslime leben. Soziale Desintegration, insbesondere Ausgrenzung *und* Selbstethnisierung, also Rückzug von Migranten in abgeschlossene eigene Welten, wirken riskant zusammen. Schon vor mehreren Jahren hatten wir auf diese Problemmischung hingewiesen, damals begleitet von massiven Abwehrreaktionen in Politik und Gesellschaft. Die feindseligen Mentalitäten in der Mehrheitsgesellschaft sowie verlockender Fundamentalismus: beides zusammen verweist auf eine ethnisch-kulturell gespaltene Gesellschaft. Wir nehmen an, dass sich dieser Gegensatz weiter unkalkulierbar aufschaukeln kann, weil *selbstkritische* Debatten in der Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichen und in der muslimischen Minderheit fehlen.

Diese Entwicklungen müssen schon deshalb aufmerksam verfolgt werden, weil sich eine neue *Normalität* herausbildet, die sich dann, wenn diese Einstellungen gewissermaßen »kulturalisiert« sind, nur noch schwer verändern lässt.

IV. Die Veränderungen des Arbeitsmarktes, des Gesundheits- und Steuersystems werden in der Regel *isoliert* verhandelt. In weiten Teilen von Politik und Gesellschaft lässt sich eine Art Ausblendungsakrobatik beobachten, die Folgen für die Integrationsqualität und das Zusammenleben hat.

Nach langen Jahren einer bundesdeutschen Erfolgsgeschichte: Wie immer man die relevanten Kriterien zur sozialen Ungleichheit und infolgedessen zur Charakterisierung einer sozialen Spaltung auch anlegt, es drängen sich immer mehr Belege für eine Spaltung und Polarisierung in den Vordergrund. Man muss nur die Nettoeinkommen der privaten Haushalte heranziehen, von denen es abhängt, wer wie an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft teilnehmen kann. Daran lässt sich der Integrationsgrad einer Gesellschaft gut bemessen. In Westdeutschland hat das Nettovermögen im reichsten Viertel seit 1993 um 27,5

Prozent zugenommen, im ärmsten Viertel nahm es um fast 50 Prozent ab; in Ostdeutschland nimmt es im reichsten Viertel um fast 86 Prozent zu und im ärmsten Viertel um 21 Prozent ab.

Die politische Klasse irrt, wenn sie glaubt, solche Fakten würden sich nicht oder nur kurzfristig auswirken und wären dann vergessen. Wenn die soziale Spaltung sichtbar zunimmt, wird das genau registriert; und es bleibt stabil im Bewusstsein. Inzwischen sind fast 91 Prozent in unserer repräsentativen Umfrage davon überzeugt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Dass bei uns immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden, registrieren ebenfalls zunehmend inzwischen fast 85 Prozent. Die Angst, selbst arbeitslos zu werden, verbindet sich zunehmend mit dem Verlust von Anerkennung am Arbeitsplatz wie im privaten Alltag. Damit kommt der soziale Kitt abhanden. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass mit wahrgenommenen Spaltungsprozessen auch Abwertungen und feindselige Einstellungen gegenüber Zugewanderten und Menschen mit fremder Religion sowie das Einklagen von Etabliertenvorrechten einhergehen. In desintegrationsgefährdeten Gruppen wirkt die wahrgenommene soziale Spaltung geradezu als Verstärker für menschenfeindliche Abwertungen. Es geht dann um alles, die Aufwertung der Eigengruppe dient dazu, sich nicht selbst am unteren Rand der Gesellschaft verorten zu müssen.

V. Eliten in Wirtschaft, Politik, Medien und Kultur bemühen dagegen die Moral, die Werte, das »Christliche« oder die »Leitkultur«, um das politische Publikum mit Rhetorik »einzufangen«. Dieser Versuch muss fehlschlagen. Dazu ist der Vertrauensverlust in die Eliten viel zu groß. Was wir »Demokratieentleerung« nennen, hat bereits dramatisch stattgefunden, und zwar sowohl bei denjenigen, die ausgegrenzt sind oder sich so sehen, als auch bei jenen, die sich vor dem Absturz ängstigen. Potenziell anfällig für rechtspopulistische Verlockungen sind immerhin 25 Prozent. Eine Gefährdung für die Demokratie? Ja, aber auch das wird gern ausgeblendet. Noch ein Schritt weiter: Jene, die sich dann nicht dem Rechtspopulismus anschließen, reagieren eher mit Apathie. Apathie wird in manchen Kreisen, übrigens nicht nur in konservativen, klammheimlich begrüßt, denn diese Schweigenden stören nicht mehr beim Umbau der Gesellschaft. Aber wer hält dann noch *dagegen*, wenn zugleich jene gewählt werden, die die demokratischen Parteien als »Systemparteien« diffamieren und die inzwischen einige, bisher vorrangig ostdeutsche Landstriche mit ihren Überzeugungen und auch Drohpotenzialen besetzt haben.

Weite Teile in Politik und Gesellschaft operieren mit selektiver Unaufmerksamkeit, vermutlich um ein Grundgefühl von Angst zu bewältigen. Man ahnt, wie die Verhältnisse sind beispielsweise zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten oder welche sozialen Kosten politische Kursänderungen nach sich ziehen, aber man will es nicht so genau wissen oder reagiert mit hysterischen Attacken. Entweder wurde die ethnisch kulturell vielfältige Gesellschaft als immerwährendes Straßenfest interpretiert oder aber als »Chaos«. Dieses *unterkomplexe* Muster wird jetzt mehr und mehr sichtbar, je drängender die Probleme sind, je weniger eine sozialverträgliche Politik gilt oder je größer die Skepsis ist, dass man die Politik überhaupt beeinflussen könne.

In diesen Zeiten haben schwache Gruppen und Fremde keine guten Aussichten, dass die gegen sie vorgebrachten Aversionen und Diskriminierungen auf die politische und gesellschaftliche Tagesordnung geraten. Eine insofern blinde Gesellschaft wird gleichwohl hohe Folgekosten zu tragen haben; die Frage ist nur noch, in welchen zerstörenden Formen.

Das Forschungsprojekt wird von einem Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung mit Beteiligung der Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung finanziert und vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt. Ausführlich wird die 3. Folge der Veröffentlichung »Deutsche Zustände« in der edition suhrkamp vorgestellt